



Bundesministerium
des Innern
und für Heimat

Datenschutzhinweise

für die Rechnungsempfängerseite

bei der Nutzung der OZG-konformen Rechnungseingangsplattform (OZG-RE)

Stand: 29.11.2022

Vorbemerkung

Für die Bundesverwaltung hat ein verantwortungsbewusster Umgang mit personenbezogenen Daten höchste Priorität. Wir möchten, dass die Nutzerinnen und Nutzer (im Folgenden vereinfachend „Nutzer“ genannt) wissen, wann welche Daten bei der Nutzung der OZG-konformen Rechnungseingangsplattform des Bundes (im Folgenden „OZG-RE“ genannt) erhoben und verwendet werden, sowie über die Ihnen in diesem Zusammenhang zustehenden Rechte, wenn Sie im Rahmen des Rechnungsempfangs tätig werden.

Die Ausführungen verstehen sich als Ergänzung zu den Informationen des Verantwortlichen nach Art. 13, 14 DSGVO bzgl. des Umgangs mit Beschäftigtendaten.

1. Verantwortlicher und Datenschutzbeauftragter

Verantwortlich für die Verarbeitung Ihrer Zugangs-/OZG-RE-Account-Daten sowie der empfangenen Rechnungen ist die Organisation (u.a. Behörden, Körperschaften, Anstalten, Stiftungen), in deren Namen Sie tätig werden und deren Account Sie benutzen.

Bitte erfragen Sie bei Ihrem Verantwortlichen die Kontaktdaten des/der Datenschutzbeauftragten.

Hinweis: *Das Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) als allgemeiner Betreiber der Plattform verantwortet im Kontext des Rechnungsempfangs nur die allgemein anfallenden technischen Daten, die notwendig sind, um Ihnen die OZG-RE und Ihre Funktionen anzubieten (bspw. anfallende Metadaten im Rahmen des Website-Aufrufes, Einsatz von Cookies etc.) sowie die Daten im Rahmen der Kontaktaufnahme. Nähere Details zu diesen Punkten finden Sie in dieser [Datenschutzerklärung](#).*

2. Name und Anschrift der Auftragsverarbeiter

Im Rahmen der oben genannten Verarbeitung setzt der Verantwortliche das Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) als Auftragsverarbeiter gemäß Art. 28 Abs. 3 DSGVO ein:

Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI)

Alt-Moabit 140

10557 Berlin

Tel.: 030 / 18 681-0

Fax: 030 / 18 681-12926

E-Mail: poststelle@bmi.bund.de

Das BMI setzt im Rahmen seiner Auftragsverarbeitung die Bundesdruckerei GmbH, Kommandantenstr. 18, 10969 Berlin als Unterauftragsverarbeiter ein. Mit diesem Dienstleister wurde eine Vereinbarung gemäß Artikel 28 Absatz 3 DSGVO geschlossen.

3. Welche personenbezogenen Daten werden bei der Nutzung der OZG-RE verarbeitet (Rechnungsempfängerseite)?

3.1. Registrierung eines OZG-RE-Accounts (Rechnungsempfängerkonto)

Im Rahmen der Nutzung des OZG-RE auf Seiten der Rechnungsempfänger wird initial der sogenannte OZG-RE-Account registriert, um die Test- und Produktivumgebung innerhalb der Plattform zu nutzen. Dafür werden die folgenden Daten verarbeitet:

- Account-Name
- Straße (dienstlich)
- PLZ (dienstlich)
- Ort dienstlich)
- Land (dienstlich)
- E-Mail-Adresse (dienstlich)
- Passwort
- ggf. Token für die REST-API (M2M-Schnittstelle)
- Leitweg-ID (Beantragung einer oder mehrerer Leitweg-IDs zur korrekten Zuordnung der Rechnungen)

Nach der ersten Anmeldung können auch die im Rahmen der Registrierung angegebenen Daten geändert oder aktualisiert werden. Ein Löschen des OZG-RE-Accounts ist über den Support der Plattform möglich.

Die genauen Zwecke und Rechtsgrundlage für die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erfragen Sie bitte bei Ihrem Verantwortlichen.

3.2. Anlegen weiterer Ansprechpartner

Zudem können **optional** innerhalb des OZG-RE-Accounts ein Ansprechpartner für technische und kommerzielle Angelegenheiten benannt werden, mit den nachfolgenden Daten:

- Vorname
- Nachname
- E-Mail-Adresse (dienstlich)
- Telefon (dienstlich)
- Telefax (dienstlich)

Eine Änderung oder Löschung der Ansprechpartner ist jederzeit über den OZG-RE-Account möglich. Weiterhin ist zu beachten, dass bei der Löschung des OZG-RE-Accounts auch die angegebenen Ansprechpartner auf der Plattform gelöscht werden.

Auch für die im Rahmen der Benennung weiterer Ansprechpartner verarbeiteten personenbezogenen Daten erfragen Sie bitte die genauen Zwecke und Rechtsgrundlagen bei der für Sie verantwortlichen Stelle.

3.3. Anlegen von Hub-Teilnehmern

Innerhalb Ihres OZG-Accounts ist es Ihnen möglich Hub-Teilnehmer zum zielgerichteten Empfang von Rechnungen an die zuständigen Einheiten innerhalb Ihrer Organisation zu erstellen. Dafür werden die folgenden Daten verarbeitet:

- Account-Name
- Straße
- PLZ
- Ort
- Teilnehmer-ID (Teilnehmerkennung zur Referenzierung auf eine Leitweg-ID)
- Leitweg-ID
- Support-ID (zur genauen Identifizierung des Kontos im Support-Fall)
- Erstellungsdatum des Kontos

Datenschutzhinweise für die Rechnungsempfängerseite

bei der Nutzung der OZG-konformen Rechnungseingangsplattform (OZG-RE)

Eine Löschung sowie Änderung eines Hub-Teilnehmers ist jederzeit über den OZG-RE-Account möglich. Weiterhin ist zu beachten, dass bei der Löschung des OZG-RE-Accounts die zu diesem in Beziehung stehenden Hub-Teilnehmers auch gelöscht werden.

Die genauen Zwecke und Rechtsgrundlage für die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erfragen Sie bitte bei Ihrem Verantwortlichen.

3.4. Empfangene Rechnungen

Bei den empfangenen Rechnungen werden neben den Inhalten der elektronischen Rechnung selbst, die folgende Daten verarbeitet:

- Rechnungsnummer im System der OZG-RE
- Absender der Rechnung
- Referenz der Rechnung (Titel/Betreff)
- Eingangsdatum der elektronischen Rechnung
- Status, ob ein Anhang vorhanden ist
- Verknüpfung zwischen der elektronischen Rechnung und dem Benutzerkonto des Rechnungsempfängers

28 Tage nach Bereitstellung oder letztem Statuswechsel werden alle Dokumente, Inhaltsdaten der Dashboards und Protokolle (Logs) aus der Datenbank inkl. aller personenbezogenen Daten aus den Metadaten gelöscht.

„Große Anlagen“ stehen Ihnen maximal 120 Tage (Downloadzeitraum grds. 60 Tage, eine einmalige Verlängerung um diesen Zeitraum ist Ihrerseits möglich) zum Download bereit, sofern die Anlage nicht durch den Rechnungsversender vorher manuell gelöscht wird. Nach diesem Zeitraum werden die Anlagen automatisch aus dem System entfernt. Es erfolgt keine Löschung der Anlagen nach einem Download.

Daten, welche zur Erstellung der Reports (Monats- und Quartalsreports) benötigt werden, werden hingegen erst nach einer Frist von 100 Tagen gelöscht. Diese zur Berichterstellung benötigten Daten beinhalten z.B. den Namen der Einrichtung, die Leitweg-ID, Status des Dokumentes, Datum des Statuswechsels, Eingangskanal usw.

Datenschutzhinweise für die Rechnungsempfängerseite

bei der Nutzung der OZG-konformen Rechnungseingangsplattform (OZG-RE)

Hinweis: *Die für die Berichtstellung benötigten Daten stehen in der Verantwortung des BMI als Plattformbetreiber.*

Die genauen Zwecke und Rechtsgrundlagen für die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten im Kontext des Rechnungsempfangs erfragen Sie bitte bei Ihrem Verantwortlichen.

4. Weitergabe Ihrer Daten an Dritte

Im Verlauf der weiteren Vorgangsbearbeitung kann eine Übermittlung eines Teils Ihrer Daten beispielsweise an die Bundeskasse oder die Deutsche Bundesbank erfolgen. Nähere Details erfahren Sie bei der für Sie verantwortlichen Stelle.

Sonstige Empfänger personenbezogener Daten:

Der Verantwortliche setzt im Rahmen einer Auftragsverarbeitung das Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI), Alt-Moabit 140, 10557 Berlin als Dienstleister zur Realisierung des Empfangs von Rechnungen ein. Mit diesem Dienstleister wurde ein Vertrag gemäß Artikel 28 Abs. 3 DSGVO geschlossen.

Das BMI setzt wiederum die Bundesdruckerei GmbH, Kommandantenstr. 18, 10969 Berlin als Unterauftragsverarbeiter zur technischen Realisierung ein. Mit diesem Dienstleister wurde ebenfalls eine Vereinbarung gemäß Artikel 28 Absatz 3 DSGVO geschlossen.

5. Ihre Rechte aus dem Datenschutz

Sie haben gegenüber dem Verantwortlichen folgende Rechte hinsichtlich der Sie betreffenden personenbezogenen Daten:

Recht auf Auskunft, Art. 15 DSGVO

Mit dem Recht auf Auskunft erhält der Betroffene eine umfassende Einsicht in die ihn angehenden Daten und einige andere wichtige Kriterien wie beispielsweise die Verarbeitungszwecke oder die Dauer der Speicherung. Es gelten die in § 34 BDSG geregelten Ausnahmen von diesem Recht.

Recht auf Berichtigung, Art. 16 DSGVO

Das Recht auf Berichtigung beinhaltet die Möglichkeit für den Betroffenen, unrichtige ihn angehende personenbezogene Daten korrigieren zu lassen.

Recht auf Löschung, Art. 17 DSGVO

Das Recht auf Löschung beinhaltet die Möglichkeit für den Betroffenen, Daten beim verantwortlichen löschen zu lassen. Dies ist allerdings nur dann möglich, wenn die ihn angehenden personenbezogenen Daten nicht mehr notwendig sind, rechtswidrig verarbeitet werden oder eine diesbezügliche Einwilligung widerrufen wurde. Es gelten die in § 35 BDSG geregelten Ausnahmen von diesem Recht.

Recht auf Einschränkung der Verarbeitung, Art. 18 DSGVO

Das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung beinhaltet die Möglichkeit für den Betroffenen, eine weitere Verarbeitung der ihn angehenden personenbezogenen Daten vorerst zu verhindern. Eine Einschränkung tritt vor allem in der Prüfungsphase anderer Rechtswahrnehmungen durch den Betroffenen ein.

Recht auf Widerspruch gegen die Erhebung, Verarbeitung und bzw. oder Nutzung, Art. 21 DSGVO

Das Recht auf Widerspruch beinhaltet die Möglichkeit, für Betroffene, in einer besonderen Situation der weiteren Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten zu widersprechen, soweit diese durch die Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben oder öffentlicher sowie privater Interessen gerechtfertigt ist. Es gelten die in § 36 BDSG geregelten Ausnahmen von diesem Recht.

Recht auf Datenübertragbarkeit, Art. 20 DSGVO

Das Recht auf Datenübertragbarkeit beinhaltet die Möglichkeit für den Betroffenen, die ihn angehenden personenbezogenen Daten in einem gängigen, maschinenlesbaren Format vom Verantwortlichen zu erhalten, um sie ggf. an einen anderen Verantwortlichen weiterleiten zu lassen. Gemäß Art. 20 Abs. 3 Satz 2 DSGVO steht dieses Recht aber dann nicht zur Verfügung, wenn die Datenverarbeitung der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben dient.

Recht auf Widerruf der Einwilligung, Art. 13 und 14 DSGVO

Soweit die Verarbeitung der personenbezogenen Daten auf Grundlage einer Einwilligung erfolgt, kann der Betroffene diese jederzeit für den entsprechenden Zweck widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der Verarbeitung aufgrund der getätigten Einwilligung bleibt bis zum Eingang des Widerrufs unberührt.

Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde

Wenn Sie annehmen, dass die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten Ihre Rechte verletzt, können Sie sich an die [zuständige Datenschutzaufsichtsbehörde](#) wenden (Art. 77 DSGVO).